

BUNDESTAG AKTUELL

Andreas Mattfeldt MdB

OSTERHOLZ VERDEN

Berlin, 21. Mai 2010

Wahlkampfteam in Berlin

In dieser Woche hat mich mein Wahlkampfteam drei Tage in Berlin besucht. Auf dem Programm standen nicht nur der obligatorische Besuch im Reichstag und ein Gespräch mit mir, sondern auch diverse kulturelle und politische Highlights.

Sehr beeindruckt hat die Berlin-Besucher aus Verden und Osterholz der Besuch im Stasi-Gefängnis Hohenschönhausen. Geführt wurde die Gruppe von ehemaligen Insassen, die eindrucksvoll die Grausamkeiten verdeutlichten, die den ehemaligen Insassen von der DDR-Stasi angetan wurden.

Am letzten Tag stand noch ein Gespräch im Bundesfamilienministerium auf dem Programm, bevor die Wahlkämpfer nach einem Bummel rund um den Potsdamer Platz wieder in Richtung Heimat aufgebrochen sind.

Ich habe mich sehr über den Besuch meiner Wahlkämpfer gefreut und hatte so die Gelegenheit, mich für ihr Engagement zu bedanken. Denn ohne diese tatkräftige Unterstützung wäre nicht das Unmögliche wahr geworden!



Haushälter unter sich

Ich freue mich, dass ich die Gelegenheit hatte, mich mit meinen Kollegen der CDU-Fraktion aus dem niedersächsischen Landtag auszutauschen.

Die CDU-Mitglieder von Finanz- und Haushaltsausschuss waren zu diversen Gesprächen in die Bundeshauptstadt gekommen. Gemeinsam mit



einigen niedersächsischen Bundestagskollegen aus dem Finanz- und Haushaltsausschuss habe ich mit den Landtagsabgeordneten über die aktuelle finanz- und haushaltspolitische Lage in Bund und Land diskutiert.

Wir haben nicht nur interessante Gespräche geführt, sondern hatten so auch die Gelegenheit einander kennenzulernen. Denn ich denke ein ständiger Austausch zwischen Landes- und Bundsparlamentariern des Finanz- und Haushaltsbereichs kann für unsere Arbeit nur förderlich sein.

Rettungsschirm für den Euro

Die anhaltende Krise an den Finanzmärkten und die Gefahr ihrer weiteren Ausbreitung machten in der vergangenen Woche ein erneutes, rasches politisches Handeln erforderlich. Um zu verhindern, dass sich die finanzielle Situation einer Reihe von Euro-Staaten weiter verschärft, haben wir in einer Sondersitzung ein weiteres Rettungspaket für die Finanzmärkte auf der Basis der EU-Vereinbarungen beraten und auf den Weg gebracht.

Gemeinsam mit unseren Partnern hat die Bundesregierung auf dem Rat der Europäischen Union am 10. Mai beschlossen, einen Rettungsschirm für den Euro aufzuspannen. Wir tun dies aus wohlverstandenen nationalen Interesse heraus: Eine weitere Eskalation der Krise würde nicht nur die Zahlungsfähigkeit einer Reihe von Staaten, sondern den Fortbestand der gesamten Währungsunion und damit die Stabilität unserer Währung gefährden.

Künftig soll es deshalb möglich sein, Euro-Staaten finanziellen Beistand zu gewähren, wenn diese durch außergewöhnliche Ereignisse ernstlich

von der Zahlungsunfähigkeit bedroht sind. In dieser Absicht soll die Europäische Union Finanzmittel im Volumen von bis zu 60 Mrd. Euro bereitstellen und eine Stabilitätsgemeinschaft entstehen, die zur Abwendung der Zahlungsunfähigkeit Kredite im Umfang von bis zu 440 Mrd. Euro gewähren kann. Darüber hinaus wird sich auch der Internationale Währungsfonds mit 220 Mrd. Euro am Rettungsschirm für den Euro beteiligen.

Die Kredite der Stabilitätsgemeinschaft werden durch die teilnehmenden Euro-Staaten garantiert. Auf Deutschland entfällt damit ein maximaler Garantieanteil von 123 Mrd. Euro, der im äußersten Notfall durch den Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages um bis zu 20 % erhöht werden kann. Voraussetzung für die Übernahme der Gewährleistung ist sowohl ein einvernehmlicher Beschluss aller Euro-Staaten als auch ein umfassendes Konsolidierungsprogramm, das der betroffene Staat zuvor mit dem Internationalen Währungsfonds und der Europäischen Kommission unter

Mitwirkung der Europäischen Zentralbank vereinbart haben muss.

Als zwingende Konsequenz aus der Krise wollen wir den unter Rot-Grün ausgehöhlt und geschwächten Stabilitäts- und Wachstumspakt wieder stärken. Die Europäische Kommission hat hierzu in der vergangenen Woche Vorschläge unterbreitet, die in die richtige Richtung führen.

Zudem fordern wir die Bundesregierung auf, sich über die Bankenabgabe hinaus auf europäischer und globaler Ebene für eine wirksame Finanzmarktsteuer – das heißt: Finanztransaktionssteuer oder Finanzaktivitätssteuer – einzusetzen und so schnell als möglich auch zu nationalen Maßnahmen zu kommen. Dazu gehört beispielsweise das Verbot von ungedeckten Leerverkäufen. Wir werden zudem die europäische Ratingagentur voranbringen und wir werden natürlich auch dafür sorgen, dass die Maßnahmen, die wir bereits im Gesetzgebungsverfahren haben, beschleunigt werden, so beispielsweise die Kontrolle der Hedge-Fonds.

Freiwillige Verlängerung des Zivildienstes nutzt allen Beteiligten

Die vom Kabinett in dieser Woche verabschiedete Lösung zur Verkürzung von Wehr- und Zivildienst und der freiwilligen Verlängerung des Zivildienstes kommt den Interessen aller Beteiligten bestmöglich entgegen. Gerade weil ich als Haushaltspolitiker im Bundestag federführend

diesen Fachbereich betreue und im Vorfeld intensiv an einer Einigung gearbeitet habe, freue mich sehr darüber, dass es endlich eine zufriedenstellende Einigung mit unserem Koalitionspartner gegeben hat und sich die Union durchsetzen konnte. Wer nach Beginn des Zivildienstes

erkennt, dass er diesen Dienst, weiter ausüben möchte, bekommt auf diese Weise die Möglichkeit, sich für eine Verlängerung zu entscheiden. Eine solche Verlängerungsoption für 3 bis 6 Monate kann dann zwei Monate nach Beginn des Zivildienstes gewählt werden.

Büro Berlin:

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: 030/227-71322
Fax: 030/227-76932

Email: andreas.mattfeldt@bundestag.de
Internet: www.andreas-mattfeldt.de
Redaktion: Tatjana Range